

EIN HISTORISCHER SIEG, ABER KEINE ÜBERRASCHUNG

**ERSTE GEDANKEN ZU DEN WAHLEN IN GRIECHENLAND AM 25.
JANUAR 2015 VON CORNELIA HILDEBRANDT.**

Ja, es ist ein historischer Sieg. Und: Nein, es ist keine Überraschung. Es ist der Sieg einer geeinten Linken in Griechenland gegen die seit Jahren anhaltende unsoziale Sparpolitik der griechischen Regierung im Zusammenspiel mit EU-Kommission, IWF und EZB. Es ist das Ergebnis eines Kampfes gegen eine auch wirtschaftlich gescheiterte Politik der Zerstörung der letzten Reste der ohnehin nur schwach entwickelten Sozialstaatsstrukturen in Griechenland. Es ist die berechtigte Auflehnung gegen eine Politik in Europa, die selbst die Grundbedürfnisse eines großen Teils der griechischen Gesellschaft wie Obdach, Zugang zu Essen, Strom und Gas, medizinischer Versorgung, zu Arbeit nicht mehr gewährleisten kann. Wenn das so weiterginge, wäre dies die Katastrophe. Dieses Wissen wie auch die eigenen Erfahrungen sind der gesellschaftliche Boden dafür, dass ca. ein Drittel der Wähler sich für das linke Parteienbündnis SYRIZA entschieden haben, einer Partei, die sich erst 2012 aus einem 2004 gegründeten Wahlbündnis formiert hat.

Der Wahlerfolg von SYRIZA kann nicht überraschen, wohl aber die Eindeutigkeit, mit der dieser verheerenden Sparpolitik eine Abfuhr erteilt wurde. Wer die Augen sowohl vor den sozialen wie auch wirtschaftlichen Folgen der Troika-Politik und ebenso vor den politischen Entwicklungen seit 2012 nicht verschlossen hat, den kann dieser Sieg von SYRIZA nicht überraschen. Schon bei den Juni-Wahlen 2012 erhielt SYRIZA 26,8 Prozent. Dieses Ergebnis wiederholte sich bei den Europa- und gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen im letzten Jahr. Damals wurde SYRIZA bei den Europawahlen und bei den Regionalwahlen in Attika – der mit vier Millionen Einwohnern bevölkerungsreichsten Region Griechenlands – bereits stärkste Kraft.

ZUM VORLÄUFIGEN ERGEBNIS DER PARLAMENTSWAHLEN

(Hochrechnungen 26.1.2015, 3.30 Uhr)

SYRIZA wurde mit **36 Prozent** stärkste Kraft. Mehr als ein Drittel der Wähler Griechenlands gaben der Linkspartei ihre Stimme! Damit konnte SYRIZA ihr Ergebnis vom Juni 2012 mit 26,8 Prozent noch einmal um fast zehn Prozent verbessern. Aufgrund des griechischen Wahlgesetzes erhält die stärkste Partei zur Bildung einer stabilen Regierung 50 zusätzliche Sitze im Parlament, so dass SYRIZA nunmehr mit (derzeit) 149 Sitzen vertreten im Parlament vertreten sein wird. Derzeit ist noch offen, ob SYRIZA auch die absolute Mehrheit erreicht, ob sie mit diesem Ergebnis eine mögliche Minderheitsregierung oder aber eine Koalitionsregierung bildet.

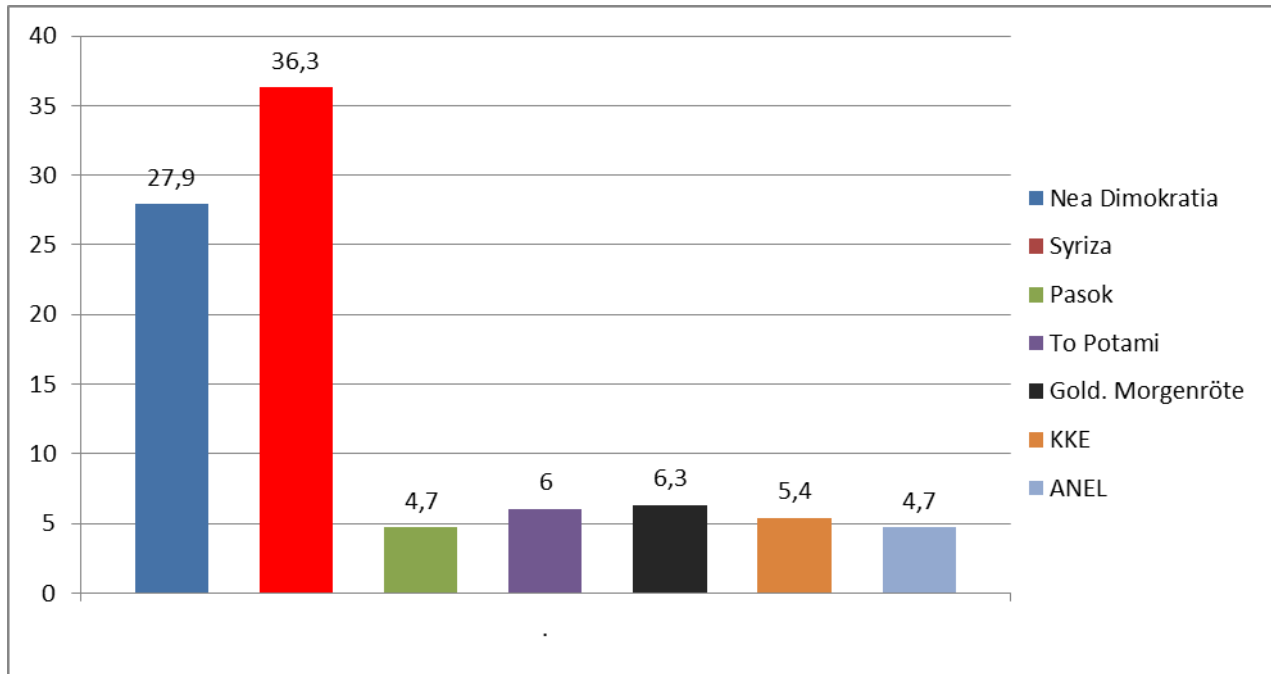
Zweitstärkste Partei wird die konservativen Nea Dimokratia mit **28,3 Prozent**. Drittstärkste Partei wird die Partei wird mit 6,3 Prozent die faschistische Morgenröte, die somit knapp unter ihrem Ergebnis von 2012 (6,9 Prozent) und deutlich unter ihrem Ergebnis bei den Europawahlen mit 9,4 Prozent liegt. Viertstärkste Kraft wurde die Partei To Potami (der Fluss) mit 5,9 Prozent. Diese sich selbst als linksliberal verstehende Partei wurde anlässlich der Wahlen zum Europaparlament 2014 vom TV-Moderator Stavros Theodorakis gegründet und erhebt für sich den Anspruch, eine «Bewegung von Bürgern für Bürger» zu sein, ohne jedoch durch «politische Altlasten und Berufspolitiker» deformiert zu sein – ein Anspruch, der an populistische Parteien wie die 5-Sterne in Italien erinnert. Fünftstärkste Partei wurde die kommunistische Partei Griechenlands mit 5,4 Prozent. Sie konnte sich damit im Vergleich zu den Juni-Wahlen 2012 um knapp ein Prozent verbessern.

Erst auf den sechsten Platz erreicht die einst traditionsreiche Pasok mit 4,8 Prozent den Einzug ins Parlament. Damit sinkt sie noch einmal deutlich tiefer, als sie bereits den Parlamentswahlen von 2012 im Juni gesunken ist. Sie erlebte damals einen Absturz von über 30 Prozent auf ihr bis dahin historisches Tief von

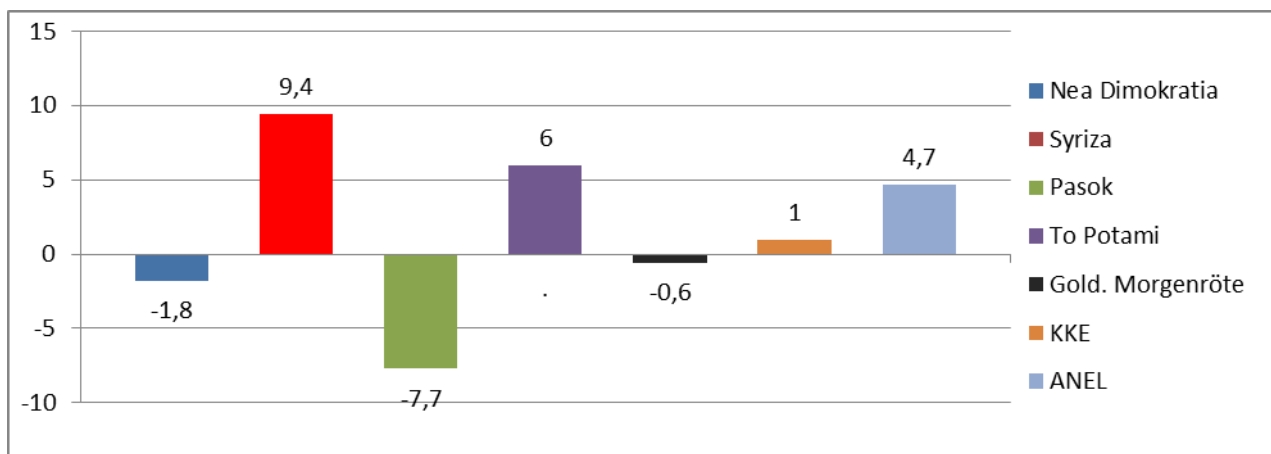
13 Prozent. Bei den Europawahlen 2014 trat sie nur als Bündnis ELIA an und erreichte dort immerhin noch 8 Prozent. Die rechtspopulistische ANEL der griechischen Nationalkonservativen erreichte blieb mit 4,7 Prozent deutlich unter ihrem Ergebnis von 2012 mit 7,5 Prozent.

Die Wahlbeteiligung lag mit 63,4 Prozent leicht über der von 2012 mit 62,5 Prozent.

Vorläufiges Ergebnis der Parlamentswahlen in Griechenland vom 25. Februar 2015

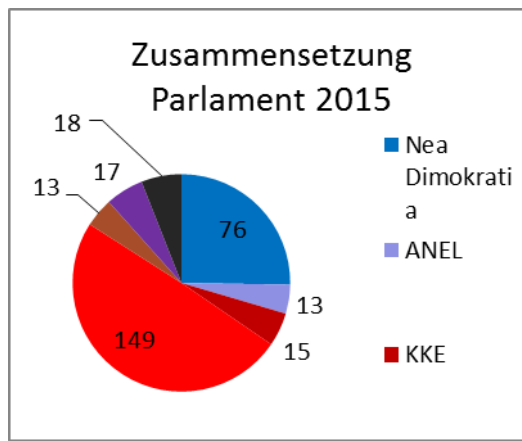
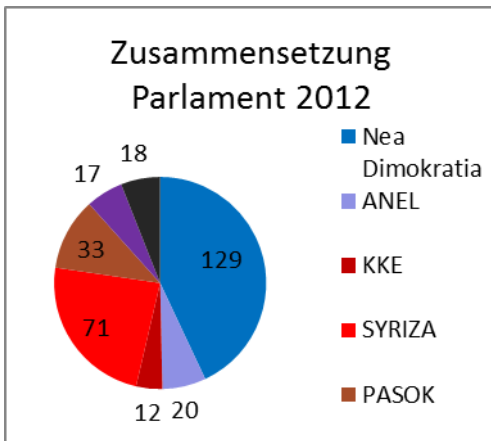


Gewinne/Verluste

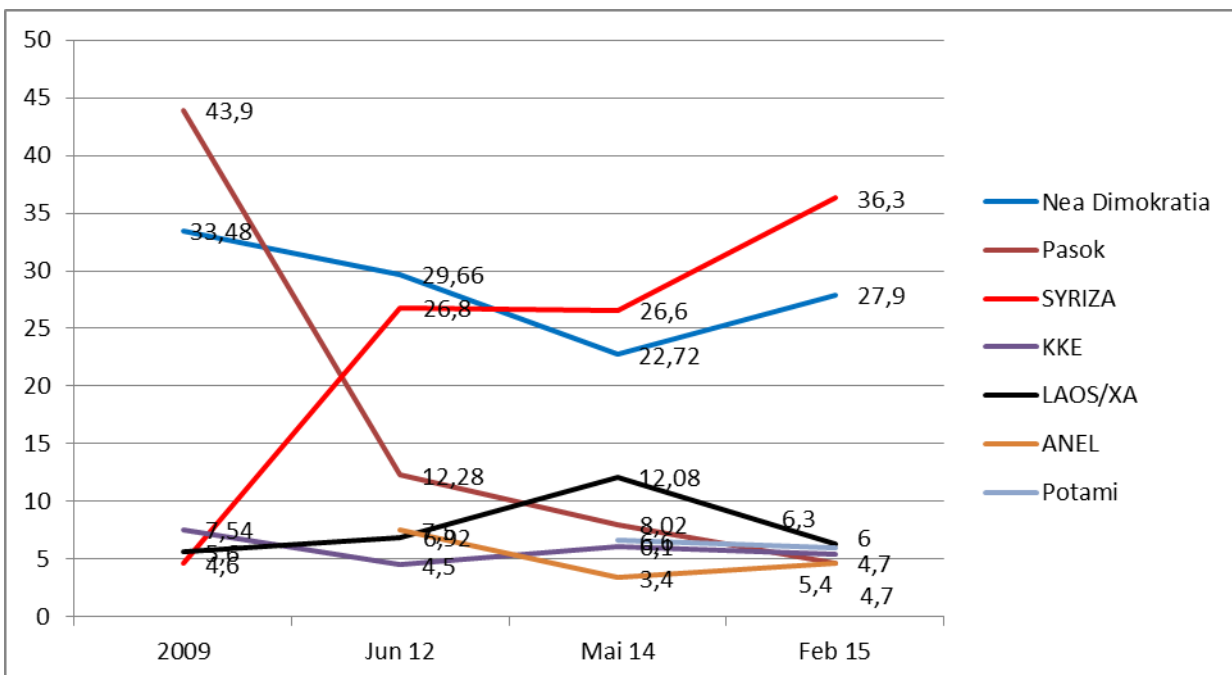


ZUSAMMENSETZUNG DES PARLAMENTS

Was bedeutet dies nun für die Zusammensetzung des Parlaments: Von den 300 Parlamentssitzen werden 250 entsprechend der Wahlergebnisse verteilt, weitere 50 Sitze erhält die stärkste Partei. Das bedeutet konkret, dass SYRIZA als stärkste Partei zusätzlich 50 und somit auf eine Anzahl von 149 Sitzen kommt. Damit würde die Partei derzeit die absolute Mehrheit nicht erreichen. Verfassungsrechtlich sind eine Minderheitenregierung oder aber die klassische Koalition möglich. Als Koalitionspartner kämen theoretisch die PASOK, To Potami oder KKE in Frage. Potami hatte bereits angekündigt, für jede Regierungskoalition zur Verfügung zu stehen.



Veränderungen der Parteienlandschaft von 2009 bis 2015



WAS BEDEUTET DIESES ERGEBNIS – ERSTE ÜBERLEGUNGEN

2012 sprachen sich noch unmittelbar vor den Wahlen zwei Drittel der Bevölkerung in den Meinungsumfragen gegen die letzten Sparmaßnahmen aus. Dennoch unterstützten vierzig Prozent der Wähler Parteien, die diesen Kurs fortsetzen wollten. Genau dies hat sich verändert. Über 40 Prozent der Wähler haben sich nunmehr auch mit ihrer Stimme für eine Partei entschieden, die sich eindeutig gegen die Fortsetzung der Sparpolitik ausspricht. Wobei sich die beiden Parteien der radikalen Linken SYRIZA und KKE in ihren Konsequenzen grundlegend unterscheiden. SYRIZA verfolgt entgegen anderslautenden Erklärungen nicht den Austritt aus dem Euro, die das Verlassen der Eurozone, wie dies von der KKE gefordert wird. Anders als die KKE will SYRIZA neu verhandeln. SYRIZA fordert die Aushandlung eines Schuldenschnitts, die Beendigung der Spardiktate. Zählt man allerdings die Stimmen des rechten Blocks zusammen, so gibt es mit Nea Dimokratia, Pasok und ANEL auf einen Stimmenanteil von über 40 Prozent, die für eine Fortsetzung des Kurses stehen. Nicht zu vergessen hierbei der nationalistische Kurs der faschistischen Partei «Goldener Morgenröte».

Die politische Rechte ist schwächer geworden, aber sie ist noch immer stark und erreicht über ein Drittel der Wähler, bezieht man sich auf die Nea Dimokratia und ANEL. Ob sich die ihrem Selbstverständnis nach linkslibertäre To Potami tatsächlich links verortet, muss abgewartet werden. Und es sind die Neofaschisten mit über sechs Prozent im Parlament vertreten. Und fast jeder zweite Polizist zählt zu ihren Wählern.

Bei diesen Wahlen hat SYRIZA die breite Unterstützung sehr verschiedener gesellschaftlicher Milieus erreicht. Dies ist ein Erfolg und ebenso eine Herausforderung. Dazu gehören vor allem die Not und Elend Betroffenen, aber auch die zunehmend verarmten Mittelschichten vor allem in den städtischen Räumen und insbesondere im Großraum Athen. Hierzu werden in den nächsten Tagen die Analysen ausführlicher sein. SYRIZA wurden von vielen Angestellten im öffentlichen Dienst unterstützt.

Was aber will nun SYRIZA angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage machen und wo wollen sie konkret anfangen?

Im Wahlkampf haben sie erklärt, dass sie sofort mit der Regierungsübernahme ein nationales Wiederaufbauprogramm beginnen wollen. Die Bausteine für dieses Sofortprogramm wurden in den Beschlüssen von Thessaloniki festgehalten.

Darin heißt es, zu den Forderungen von SYRIZA gehört:

- Die Streichung des größeren Teils des nominellen Werts der öffentlichen Schulden auf einer **europäischen Schuldskonferenz**, damit die Restschulden tragbar sind. So wie es für Deutschland 1953 möglich war, soll es auch für die südeuropäischen Länder einschließlich Griechenlands möglich sein.
- Die Einbeziehung einer «Wachstums Klausel» in die Rückzahlung der verbleibenden Schulden, so dass sie entsprechend der Wachstumsrate getilgt werden.
- Eine ausreichende «Schonfrist» (Moratorium) für die Schuldentilgung, damit Mittel für das Ankurbeln des Wachstums zur Verfügung stehen.
- Ausnahmen öffentlicher Investitionen von den Beschränkungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts.
- Ein **europäischer New Deal** für öffentliche Investitionen, finanziert von der Europäischen Investitionsbank.
- «Geldpolitik der leichten Hand» (quantitative easing) seitens der Europäischen Zentralbank durch direkten Ankauf von Staatsanleihen.
- Schließlich erklärt SYRIZA erneut, dass die Frage der von Deutschland der Bank von Griechenland während der Besetzung abgepressten Zwangsanleihe nicht gelöst ist.

Auf der Grundlage dieses Plans soll eine sozial verträgliche Lösung für das griechische Schuldenproblem erkämpft und abgesichert werden, sodass Griechenland in der Lage ist, die verbleibenden Schulden aus den Wachstumsüberschüssen zu bedienen, wodurch sonst der Gesellschaft Einkommen entzogen würde. Diese Forderungen werden von SYRIZA finanziell untersetzt.

Konkret bedeutet dies, die öffentlichen Investitionen sollen umgehend um mindestens 4 Milliarden € erhöht werden. Das durch die Sparauflagen verursachte Unrecht soll allmählich beseitigt werden. Löhne und Pensionen werden allmählich wieder angehoben, sodass Konsum und Nachfrage gestärkt werden.

Kleine und mittelgroße Unternehmen sollen Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen bekommen und die Energiekosten der Industrie werden im Austausch gegen Beschäftigung und Umweltschutz subventioniert. SYRIZA will in Bildung, Forschung und neue Technologien investieren, um die vielen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zurückzuholen, die in den letzten Jahren emigriert sind. Und sie wollen dazu den Sozialstaat wieder aufbauen, das Recht wiederherstellen und einen leistungsorientierten Staat schaffen.

SYRIZA ist bereit zu verhandeln und die europäische Linke arbeitet daran, ein möglichst breites Bündnis zur Unterstützung dieser Politik in der Europäischen Union zu schaffen. Ein nationaler Wiederaufbauplan, der das Memorandum sofort nach dem Regierungsantritt ersetzen wird, soll vor den Verhandlungen und unabhängig von ihrem Ergebnis entwickelt werden. Dieser beruhe auf vier Grundpfeilern und zielt darauf ab, den sozialen und wirtschaftlichen Zerfall umzukehren, die Wirtschaft wieder aufzubauen und die Krise zu überwinden.

Das Wiederaufbauprogramm steht auf vier Säulen: 1. Die humanitäre Krise bekämpfen. 2. Die Wirtschaft wieder ankurbeln und Steuergerechtigkeit schaffen. 3. Beschäftigungsförderung. 4. Umwandlung des politischen Systems zur Stärkung der Demokratie

Wenn SYRIZA in die Verhandlungen mit den Ländern der EU geht, mit den Institutionen der Europäischen Union, mit EZB und IWF brauchen sie die Solidarität der breiten gesellschaftlichen wie politischen Linken. Aber nur diese allein wird nicht reichen. Gebraucht wird über die Linken hinaus eine ebenso solidarische Begleitung von Grünen und Sozialdemokraten, wie sich in den letzten Tagen in Frankreich zeigte. Das aber wird nicht nur für die Linken in Europa, sondern insbesondere auch für die Linken in Deutschland zu einer Herausforderung, die eine neue Qualität der Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik der Großen Koalition bedeutet.

Bisher haben die Linken in Europa solidarisch und kritisch die linken Regierungen in Lateinamerika begleitet. Nun geht es um eine solche Begleitung in Europa – unmittelbar im eigenen Haus, in politischer Nachbarschaft auch mit Spanien und Portugal, die im Herbst 2015 wählen. Griechenland wie Spanien beschreiben mögliche linke Alternativen zur Sparpolitik. Das Ergebnis von Griechenland zeigt die Möglichkeit für einen Richtungswechsel der Politik in Europa auf. Griechenland kann der Beginn sein, für ein nun intensiveres Nachdenken und konkretes Umsteuern europäischer Finanz- und Wirtschafts- und endlich nun auch Sozialpolitik. Es ist die Chance für die Linken.

Der Wahlsieg von SYRIZA ist ein erster Schritt für einen Richtungswechsel der Politik. Wie jeder solcher Sieg verändert er die politischen Handlungsbedingungen einschneidend. Starke Opposition und wirksame nachhaltige Regierungspolitik sind zwei verschiedene Aufgaben. Die Kräfteverhältnisse in der Europäischen Union sind mächtige Hindernisse für linke Politik einzelner Länder. Die inneren Kräfteverhältnisse in Griechenland sind fragil, darüber kann dieser Wahlsieg nicht hinwegtäuschen. Es war zwar ein Wahlsieg für SYRIZA, aber sie erhielt eben doch «nur» gut ein Drittel der Stimmen. Die Widersprüche in der Bevölkerung sind groß. Klientelismus und berechnete soziale Interessen überschneiden sich. Der Staat muss reformiert werden. Die Strukturschwäche der griechischen Wirtschaft hat sich über viele Jahrzehnte verfestigt. Die Einleitung eines Richtungswechsels der Politik, Sicherung der Stabilität, Erzielung überzeugender sozialer, aber eben auch wirtschaftlicher Ergebnisse in kurzer Zeit mit langfristiger Wirkung sind gleichzeitig zu bewältigen. Eine Verankerung des Richtungswechsels in der griechischen Gesellschaft wird eine ungeheure Herausforderung.

Nicht vergessen sollten die Linken wie auch die politischen Eliten in Europa, dass es in Europa – siehe die Wahlen zum Europaparlament – ebenso rechte Alternativen gibt, die das Projekt der Europäischen Union als Ganzes in Frage stellen. Am 19. April 2015 wird in Finnland gewählt, am 7. Mai 2015 wird in Großbritannien. In Griechenland geht es auch darum, ob durch eine neue Politik die Europäische Union sozialer und gerechter wird, damit auch stabiler, oder ob sie von rechts völlig abgewickelt wird hin zu einer bloßen Freihandelszone mit autoritären Strukturen.

ECKPFEILER DES PROGRAMMS VON SYRZIA VON THESSALONIKI

ERSTER PFEILER: DIE HUMANITÄRE KRISE BEKÄMPFEN

Geschätzte Gesamtkosten: Rund 2 Milliarden €

Es geht um ein Programm zur sofortigen Bekämpfung der humanitären Krise mit geschätzten Kosten von ca. 2 Milliarden €. Das Programm beinhaltet ein umfassendes Netz von Sofortmaßnahmen mit dem Ziel, einen Schutzschild für die verletzlichsten sozialen Gruppen zu errichten. Dazu gehört:

- **Kostenlose Elektrizität** für 300 000 Haushalte unterhalb der Armutsgrenze im Umfang von 300 kWh pro Monat und Familie; das sind 3 600 kWh pro Jahr. Gesamtkosten: 59,4 Millionen €
- **Essenszuschüsse** für 300 000 einkommenslose Familien. Die Umsetzung soll mit Hilfe einer öffentlichen Koordinierungsstelle in Zusammenarbeit mit örtlichen Behörden, der Kirche und Solidaritätsorganisationen erfolgen. Gesamtkosten: 756 Millionen €
- **Wohnraumgarantie.** Das Ziel ist, zunächst 30 000 Wohnungen (30, 50 und 70 m²) bereit-zustellen mit einer subventionierten Miete von 3 €/m². Gesamtkosten: 54 Millionen €
- **Wiedereinführung der Auszahlung von Weihnachtsgeld** als 13. Rentenzahlung an 1 262 920 Rentnerinnen und Rentner mit einer Rente von bis zu 700 €. Gesamtkosten: 543,06 Millionen €
- **Kostenlose medizinische und Arzneimittelversorgung** für unversicherte Arbeitslose. Gesamtkosten: 350 Millionen €
- **Sonderfahrtscheine für den öffentlichen Personenverkehr** für Langzeitarbeitslose und unterhalb der

Armutsgrenze lebende Menschen. Gesamtkosten: 120 Millionen €

- **Rücknahme der Erhöhung der Steuern auf Heizöl und Dieselkraftstoff**, wodurch der Preis für Heizöl von derzeit 1,20 € auf 0,90 € pro Liter zurückgeführt wird. Dadurch sind Einnahmen zu erwarten.

ZWEITER PFEILER: DIE WIRTSCHAFT WIEDER ANKURBELN UND STEUERGERECHTIGKEIT SCHAFFEN

Geschätzte Gesamtkosten: 6,5 Milliarden €

Geschätzte Einnahmen: 3 Milliarden €

Der zweite Pfeiler besteht aus Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Die Priorität liegt auf dem Abbau der Steuerbelastung der Realwirtschaft, der finanziellen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Erzeugung von Liquidität und der Steigerung der Nachfrage.

Die übermäßige Belastung des Mittelstands sowie derer, die sich der Besteuerung nicht entziehen können, hat einen großen Teil der Bürgerinnen und Bürger in eine Lage gebracht, die unmittelbar ihre Beschäftigung gefährdet sowie ihr Eigentum, wie gering es auch sein mag, ja sogar ihre physische Existenz, was die noch nie da gewesene Zahl von Selbstmorden belegt.

Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen gegenüber Staat und Sozialversicherung in 84 Raten.

Geschätzte Einnahmen: 3 Milliarden €

Die Zahlung der Summen, die SYRIZA jährlich eintreiben will (zwischen 5 % und 15 % der Gesamtschulden), soll durch folgende Maßnahmen erleichtert werden:

1. Sofortige Einstellung der Strafverfolgung sowie der Beschlagnahme von Bankguthaben, Erstwohnungen, Löhnen usw. und Ausgabe von Zertifikaten für die Regelung der Steuerschuld an alle, die unter die Abzahlungsregelung fallen.
2. Eine zwölfmonatige Aussetzung von Strafverfolgung und Zwangsmaßnahmen bei Schuldnerinnen und Schuldnern, die wegen nachweislich fehlenden Einkommens unter die Abzahlungsregelung fallen.
3. Rücknahme der verfassungswidrigen Definition nicht erfüllter finanzieller Verpflichtungen gegenüber dem Staat als Vergehen (in flagranti delicto).
4. Abschaffung der obligatorischen Anzahlung von 50 % der ausstehenden Schulden als Vorbedingung für eine gerichtliche Anhörung. Die Anzahlung soll von einer Richterin/einem Richter festgelegt werden. Sie soll zwischen 10 % und 20 % betragen, je nach den finanziellen Möglichkeiten der Schuldnerin/des Schuldners.

Sofortige Abschaffung der bestehenden einheitlichen Immobilienbesitzsteuer (ENFIA). Einführung einer Steuer auf große Immobilien. Sofortige Absenkung der Grundsteuersätze pro m².

Geschätzte Kosten: 2 Milliarden €

Das Programm von SYRIZA sieht einen progressiven Steuertarif mit hohem Freibetrag vor. Mit Ausnahme von Luxusimmobilien wird keine Steuer auf Erstwohnungen erhoben. Ausgenommen sind auch kleine und mittelgroße Wohnungen.

Wiedereinführung des Freibetrags von 12 000 € bei der Einkommensteuer. Erhöhung der Anzahl der Steuerklassen zur Gewährleistung der Steuerprogression.

Geschätzte Kosten: 1,5 Milliarden €

Ermäßigung der Schulden von Personen und Unternehmen durch die Umstrukturierung nicht bedienbarer Schulden («red loans»).

Diese neue entlastende Gesetzgebung schließt ein: fallweise die partielle Abschreibung von Schulden von Personen, die sich jetzt unterhalb der Armutsgrenze befinden, sowie die Neubewertung ausstehender Forderungen nach dem Grundsatz, dass die Gesamtverpflichtung gegenüber Banken, Staat und Sozialversicherung ein Drittel des Schuldneinkommens nicht übersteigen darf.

- Für den Umgang mit Privatschulden wird eine öffentliche Vermittlungsstelle eingerichtet, nicht als «Bad Bank», sondern als eine Institution, die einerseits überfällige Zahlungen an Banken behandelt und andererseits als Bankenaufsicht fungiert, die die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen überwacht.
- In den nächsten Tagen wird Syriza einen Gesetzentwurf vorlegen, der das dauerhafte Verbot der Zwangsräumungen von Erstwohnungen im Wert von unter 300 000 € zum Ziel hat.
- Der Gesetzentwurf schließt das Verbot ein, Schuldtitel und Ansprüche auf Grundstücke zu verkaufen oder abzutreten, um damit Kredite an Finanzunternehmen außerhalb des Bankensektors abzu-

- sichern.
- SYRIZA will eine öffentliche Entwicklungsbank sowie weitere Spezialbanken gründen. Startkapital: 1 Milliarde €
- Das Mindesteinkommen soll wieder auf 751 € angehoben werden. Kosten: 0 €

DRITTER PFEILER: NATIONALER PLAN ZUR BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG

Geschätzte Kosten: 3 Milliarden €

Ein Nettozuwachs von 300 000 Arbeitsplätzen in allen Bereichen der Volkswirtschaft – dem privaten, dem öffentlichen und dem sozialen – ist die von linken Expertinnen und Experten prognostizierte Folge des von SYRIZA vorgelegten Zweijahresplans zur Beschäftigungsförderung. Ein solcher Plan sei unentbehrlich dafür, Langzeitarbeitslosen, besonders denjenigen über 55 Jahre, sowie jungen Arbeitslosen, an denen sonst das wirtschaftliche Wachstum weitgehend vorbeigehen würde, Arbeit zu verschaffen. Außerdem kommen dank der dadurch entstehenden Einnahmen mehr Menschen in den Genuss der Arbeitslosenversicherung.

- Wiederherstellung des Arbeitsrechts, das von den Memorandumsregierungen stark beschnitten wurde.
- Wiederinkraftsetzung von Tarifverträgen und der sogenannten Nachwirkung von Tarifverträgen sowie des Schlichtungsverfahrens.
- Abschaffung aller Regelungen, die massive und ungerechtfertigte Entlassungen oder den Verleih von Beschäftigten erlauben. Keine Kosten
- Schaffung von 300 000 neuen Arbeitsplätzen. Geschätzte Kosten im ersten Jahr: 3 Milliarden €

VIERTER PFEILER: UMWANDLUNG DES POLITISCHEN SYSTEMS ZUR STÄRKUNG DER DEMOKRATIE

Geschätzte Kosten: 0 €

Vom ersten Jahr der SYRIZA-Regierung an will sie den Prozess der institutionellen und demokratischen Erneuerung des Staates vorantreiben.

Dazu gehören die Stärkung der Institutionen der repräsentativen Demokratie und die Einführung von Elementen der direkten Demokratie.

1. Regionale Staatsorgane. Verbesserung der Transparenz, Steigerung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der Wirksamkeit von Gemeinden und Regionen. Stärkung der Elemente der direkten Demokratie und Einführung neuer solcher Elemente.
2. Stärkung der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Einführung neuer Institutionen wie Gesetzesinitiativrecht der Bürgerinnen und Bürger, Bürgerveto und Initiativrecht für Referenden.
3. Stärkung der Parlamentsrechte, Einschränkung der Immunität und Aufhebung des rechtlichen Sonderstatus, der Abgeordnete vor Strafverfolgung schützt.
4. Regulierung der Radio- und Fernsehlandschaft, indem darauf geachtet wird, dass alle gesetzlichen Bestimmungen und die finanziellen, steuerlichen und die Sozialversicherung betreffenden Bestimmungen eingehalten werden. Wiedererrichtung des öffentlichen Rundfunk- und Fernsehsenders ERT, ohne dass dadurch Kosten entstehen.

Geschätzte Kosten für die Durchführung des nicht verhandelbaren Sofortprogramms zur Neugestaltung der Gesellschaft

SYRIZA hat die Gesamtkosten des Sofortprogramms zur Bekämpfung der humanitären Krise sowie die Belastung der Staatsfinanzen durch die Abschaffung übermäßiger Steuern berechnet. Sie geht davon aus, dass diese in vollem Umfang wie folgt gedeckt werden:

1. An erster Stelle durch Maßnahmen und Verfahren zur Abwicklung und Tilgung. SYRIZA plant mindestens 20 Milliarden € der Außenstände von insgesamt 68 Milliarden € innerhalb von sieben Jahren einzunehmen. Das würde den öffentlichen Haushalten jährlich ca. 3 Milliarden € zuführen.
2. Durch entschiedene Verfolgung der Steuerhinterziehung und des Schmuggels (zum Beispiel von Kraftstoff und Zigaretten), was Entschlossenheit und den politischen Willen erfordert, sich mit den Oligarchen anzulegen.
3. Das Startkapital der öffentlichen Vermittlungsstellen und die Kosten für die Gründung der öffentlichen Entwicklungsbank und weiterer Spezialbanken (insgesamt 3 Milliarden €) will SYRIZA aus dem «Finanzpolster» in Höhe von ca. 11 Milliarden € des Hellenischen Finanzstabilitätsfonds für das Bankensystem finanzieren.

4. Der Beschäftigungsplan kostet 5 Milliarden €, 3 Milliarden € davon im ersten Jahr. Während des ersten Jahres werden die Kosten wie folgt finanziert: 1 Milliarde € aus dem «Brückenprojekt» des strategischen nationalen Aufgabenrahmenplans für die Jahre 2007 bis 2013, 1,5 Milliarden € aus dem entsprechenden Topf für die Jahre 2014 bis 2020 und 500 Millionen € aus speziellen europäischen Instrumenten zur Beschäftigungsförderung.

Angesichts der riesigen Anstrengungen, die für die Sicherstellung der Rentenzahlungen nötig sind, wird unsere Regierung, so SYRIZA, statt öffentliches Eigentum zu verschleudern, einen Teil davon auf die Sozialversicherungen übertragen.

Das ist das Minimum an Maßnahmen, die unternommen werden müssen, um die katastrophalen Folgen der Privatisierung der Rentenfonds zu kompensieren und das frühere Rentenniveau allmählich wiederherzustellen.

Geschätzte Gesamtkosten des «Thessaloniki-Programms»: 11,382 Milliarden €

Geschätzte Gesamteinnahmen: 12 Milliarden €